



Foto: Kari Lunnas

Protest gegen die AKW-Neubaupläne in Finnland

E.ON gegen die Finnen

Wieder wird in Finnland der Bau neuer Atomkraftwerke geplant. E.ON ist dabei sehr aktiv und hat das Atomunternehmen Fennovoima gegründet, das ein neues AKW im Norden Finnlands bauen will. Fennovoima gehört E.ON zu 34 Prozent und zu 14 Prozent dem finnischen Stahlgiganten Outokumpu, den Rest teilen sich Strom- und andere Unternehmen.

Die Notwendigkeit für neue Atomkraftwerke wird damit gerechtfertigt, dass die finnische Industrie billige Energie braucht. Die Anteilseigner von Fennovoima werden den Strom zum Erzeugerpreis aus dem neuen Atomkraftwerk bekommen. Normale StromkundenInnen werden den Marktpreis zahlen müssen. Überschüssige Strommengen sollen in andere Länder exportiert werden, etwa nach Mitteleuropa. Damit scheint sich Finnland schnell zum Strom-Rohstoff-Lieferanten zu entwickeln. Die Finnen bezahlen dafür den Preis.

Während die Finnen früher der Atomkraft sehr unkritisch gegenüberstanden, sind heute 52 Prozent dagegen, dass neue Atomkraftwerke gebaut werden, nur noch 35 Prozent unterstützen Neubauten. Dies fällt bei genauerer Betrachtung noch deutlicher aus: 60 Prozent der jungen Leute und 75 Prozent der Frauen sind gegen neue AKW. Der Handels- und Industrieminister Mauri Pekkarinen zeigt den umgekehrten Trend: Er war gegen Atomkraftnutzung und schlägt nun den Neubau von zwei Atomkraftwerken vor, eines will Fennovoima bauen und das andere der finnische Atomkonzern TVO. Diesen Vorschlag der Regierung hat das finnische Parlament mit seiner konserva-

tiven Mehrheit am 1. Juli 2010 gebilligt. In der finnischen Energiedebatte scheint die Demokratie den ökonomischen Interessen der großen Unternehmen zu unterliegen. Nach den Vorgaben der finnischen Atomaufsicht (STUK) dürften nicht mehr als 200 EinwohnerInnen dauerhaft im Umkreis von fünf Kilometern um ein Atomkraftwerk leben. In Karsikkoniemi, einem der möglichen Standorte für die Neubauten, leben über 3000 Menschen innerhalb der Fünf-Kilometerzone. Daraufhin schaffte STUK diese Einschränkung einfach ab.

Den hoch radioaktiven Müll möchte Fennovoima in Eurajoki abladen, dem geplanten finnischen Endlager. Dieses bauen jedoch die Energiekonzerne, die die anderen finnischen Reaktoren betreiben und sie haben bereits erklärt, dass in Eurajoki kein Platz für den Atomabfall von Fennovoima sei. Also hat Fennovoima keinerlei Lösung für seinen radioaktiven Abfall! Die finanzielle Haftung finnischer Atomkraftbetreiber ist begrenzt. Minister Mauri Pekkarinen hat vorgeschlagen, dass der finnische Staat die Risiken des Atombaus übernehmen sollte, denn die Versicherungsgesellschaften wollen das Risiko nicht eingehen.

Die Eile und die unzureichende Planung sind verdächtig. Denn zusätzliche Energie könnte schneller und in größerer Menge durch erneuerbare Energien bereitgestellt werden. Der Norden Finnlands, wo eines der neuen AKW gebaut werden soll, ist jetzt bereits energieautark: Dort werden 107 Prozent der verbrauchten Energie selbst produziert. Möchte Finnland mit seinen AKW-Plänen also Energieversorger und Atommülllager Europas werden?

Dazu kommen Gefahren durch den Uranabbau. Aktuell explorieren internationale Uranfirmen die Uranvorkommen in Lappland. Dagegen bildet sich jedoch Widerstand: Das Anti Atom-Netzwerk von See-Lappland organisiert Proteste und Demonstrationen. Und der Naturschutzverein aus der Kemiregion hat bei der Europäischen Kommission Beschwerde wegen der schweren Umweltauswirkungen des AKW eingelegt. Die Kommission hat die Beschwerde angenommen und prüft den Fall in den kommenden zwei Jahren. Der Kampf geht also weiter!

*Kari Lunnas aus Kemi, Finnland,
ist freier Journalist
kari.lunnas@kulttuurivoimala.fi*

The Stadtwerke are back in Town

In Hamburg bezeichnen es inzwischen alle Parteien als schweren politischen Fehler, dass zunächst von einem rot-grünen und später einem schwarz-geführten Senat die Hamburgerischen Elektrizitäts Werke (HEW) und Hamburger Gas Werke um die Jahrtausendwende privatisiert wurden. Anfang Juli startete in Hamburg unter dem Titel „Unser Hamburg – Unser Netz“ eine Volksinitiative, die diesen Fehler korrigieren will. Hamburg soll die Energienetze für Strom, Gas und Wärme wieder in eigener Regie übernehmen – weg von Vattenfall und E.ON. Bis Ende 2010 kann der Senat entscheiden.

Hamburg stand mit der Privatisierung der Energieversorgung nicht allein. Um Haushaltslöcher zu stopfen, verkauften zu dieser Zeit überall in der Republik Kommunen und Städte ihre Stadtwerke und sogar Wasserwerke. Fast drogenartig wirkte der Glaube an den Neoliberalismus, dass die Privatwirtschaft und die Märkte diese Kernbereiche sozialer Daseinsvorsorge besser organisieren könnten und niedrigere Preise die Folge sein würden. Nicht nur die Energieerzeugung, auch die Energienetze für Strom, Wasser, Gas und (Fern)wärme wurden so dem Einfluss öffentlicher Kontrolle entzogen. Von einer End-Demokratisierung der Energiepolitik war entweder nicht die Rede, oder sie war klammheimlich gewollt.

Nicht erst die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, wie unsinnig das war. Bundesweit sind in den letzten Jahren die Energiepreise stark angestiegen. Das hat viele, auch globale Gründe. Aber es liegt auch daran, dass es im letzten Jahrzehnt zu einer weiteren Monopolisierung gekommen ist. Aus ehemals sieben großen Energieversorgern sind die vier Konzerne E.ON, Vattenfall, EnBW und RWE hervorgegangen bzw. übriggeblieben. Sie kontrollieren noch heute über 80 Prozent der Stromerzeugung. Trotz der versuchten Liberalisierung der Energiemärkte in Europa, die Ende der 90er Jahre auf den Weg gebracht wurde, ist der Wettbewerb nicht in Gang gekommen. Gegen das Drängen der EU-Kommission haben

Tschüß Vattenfall – Tschüß E.ON

In Hamburg hat eine Initiative aus BUND, Verbraucherzentrale, Kirche, Mietervereinen und ROBIN WOOD eine Kampagne gestartet, die Energienetze wieder in die öffentliche Hand zu übernehmen. Bis Ende 2012 muss der Senat über die Konzessionsverträge für die Strom-, (Fern)Wärme- und Gasnetze entscheiden, die derzeit von Vattenfall und E.ON betrieben werden. Die Rekommunalisierung der Netze sehen die Initiatoren als eine zentrale Voraussetzung an, um die Energiepolitik der Stadt Hamburg klimafreundlicher und sozial gerechter zu gestalten und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Mehr Informationen unter:

www.robinwood.de/unser-netz-hamburg

die vier Energiekonzerne in Deutschland ebenso wie z.B. die EDF in Frankreich erfolgreich ihre Marktdominanz verteidigt, europaweit sogar ausgebaut.

Nicht zuletzt deshalb wird heute in vielen Städten und Kommunen wieder über die Rekommunalisierung von Stadtwerken inkl. der Versorgungsnetze Strom, Wasser und Gas bis hin zum ÖPNV nachgedacht. Bundesweit laufen in den nächsten Jahren ca 20.000 Konzessionsverträge aus und müssen neu verhandelt werden. Meist werden sie von einem der großen vier Energiekonzerne betrieben.

Netze für die Energiewende!

Diese Konzerne haben in den vergangenen Jahren die Netze vor allem als Einnahmequelle betrieben und den dringend erforderlichen Umbau für erneuerbare Energien unterlassen. (siehe auch ROBIN WOOD Magazin 97/2.08). Von einer Energieversorgung, die vor allem auf wenigen großen Grundlastkraftwerken basiert, entwickelt sich eine immer größer werdende Dezentralisierung der Stromerzeugung auf Basis der erneuerbaren Energien. Um die Netze sicher betreiben zu können, müssen sie deshalb angepasst und umgebaut werden.

Doch die vier großen Konzerne haben daran kein Interesse. Viele Windparkbetreiber können davon ein Lied singen. Und für immer mehr Städte, die aktiv für den Klimaschutz etwas tun wollen, wird diese Politik der großen Konzerne zum Ärgernis. Auch deshalb wird die Rekommunalisierung der Energienetze ebenso wie die Schaffung neuer Stadtwerke immer interessanter, denn so gewinnen Städte und Gemeinden Gestaltungsmöglichkeiten zurück. Und auch angesichts stark belasteter Haushaltskassen können sich viele Städte diesen Schritt erlauben, wie der Verband kommunaler Unternehmen betont. Günstige Kommunalkredite ermöglichen angesichts einer Rendite beim Netzbetrieb von etwa neun Prozent noch ansehnliche Erträge, die den Gemeindekassen zugute kommen. Rund drei Milliarden Euro nahmen 2008 laut Deutschem Städte- und Gemeindebund die Kommunen aus den Erlösen der Konzessionsverträge ein.

Dirk Seifert
www.robinwood.de/energie